

# Landkreis: 806.500 Kilometer mehr pro Jahr



Landkreis – Über zwei Jahre nach Start des Projektes ist der Nahverkehrsplan für den Landkreis Rosenheim in einer gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses und Kreistages beschlossen worden. Der Beschluss fiel jeweils einstimmig. Der Nahverkehrsplan ist rund 280 Seiten dick und enthält insgesamt 70 Maßnahmen und Prüfaufträge.

Sollten die Maßnahmen umgesetzt werden, würde der Mehraufwand von 806.500 Kilometern den Landkreis Rosenheim rund 2,1 Millionen Euro pro Jahr kosten. Dazu kommen weitere Kosten durch Investitionen in die Infrastruktur, für Verwaltung, Personal und Marketing sowie eine mögliche Verbunderweiterung.

„Wir wollen ein Angebot für alle Bevölkerungsschichten schaffen. Mit dem Nahverkehrsplan wurde ein neues Zeitalter im öffentlichen Personennahverkehr eingeläutet“, sagte der stellvertretende Landrat Josef Huber. Noch sei das Projekt ein kleines Baby, das wachsen müsse, bis es auf eigenen Beinen stehen könne, so Huber. Über alle Fraktionen hinweg war man sich einige, hier kein Konzept für die Schublade geschaffen zu haben. Nach dem Beschluss gehe die Arbeit jetzt erst richtig los, aber man sei auf dem richtigen Weg. Einige war man sich auch, bei der Umsetzung der Maßnahmen eng mit den regionalen Busunternehmen zusammenarbeiten zu wollen. Der Nahverkehrsplan sei die Grundlage für die weiteren Planungen. Ein erstes Zeichen wurde bereits gesetzt. Im Haushaltsplan des Landkreises für das kommende Jahr wurden zwei Millionen Euro mehr für den öffentlichen Personennahverkehr eingestellt.

Nachdem der Entwurf im Juli dieses Jahres im Kreisausschuss vorgestellt wurde, hatten alle Beteiligten, wie Gemeinden,

Verkehrsunternehmen, Fahrgastverbände, Nachbarlandkreise und Mitglieder des Kreisausschusses nochmal die Möglichkeit Anregungen für die jetzt beschlossene Endfassung einzubringen.

Im Vergleich zum Entwurf vom Sommer wurden einige Anregungen neu mit aufgenommen oder konkretisiert. Dazu gehört die Einführung eines Bürgerbusses zur Unterstützung des öffentlichen Personennahverkehr in der Gemeinde Samerberg, eine Verdichtung des Angebotes der Linie 9414 Wasserburg – Halfing – Bad Endorf sowie eine mögliche Verlängerung, da nicht alle Fahrten den gleichen Endpunkt haben. Zwei zusätzliche Haltestellen in Stephanskirchen im Bereich Riederinger Strasse/Etzinger Straße sowie in Kolbermoor in der Nähe des Franziskusheims wurden ebenfalls in den Plan aufgenommen. Überprüft werden soll auch eine durchgängige Taktung der Linien der Haupt- und Nebenkorridore auch an Sonn- und Feiertagen im südlichen Teil des Landkreises. Hier hat der Tourismus eine besonders große Bedeutung. Ebenfalls geprüft werden soll eine neue Verbindung von Prien über Frasdorf und Samerberg nach Brannenburg, die Errichtung von On-Demand-Verkehr sowie zusätzliche saisonale Angebote, wie Wander-, Ski- und Rodelbusse.

Zusammenfassend sieht der Nahverkehrsplan den Stundentakt auf einigen Achsen vor. Zudem Verdichtung des Angebots, eine Ausweitung des Bedienungszeitraumes, mehr Angebote am Wochenende und abseits der großen Achsen sowie die Zubringerfunktion zum Schienenpersonennahverkehr zu stärken. Geplant ist auch Freizeitlinien auszuweiten. Außerdem soll der öffentliche Personennahverkehr durch eigene Busspuren, die Beeinflussung der Lichtsignalanlagen, alternative Linienwege, die Freigabe von Wegen für den Busverkehr oder Halteverbote beschleunigt werden.

Etwa die Hälfte des Landkreises verfügt über ein dichtes Schienenpersonennahverkehrsnetz, welches mindestens im Stundentakt verkehrt. Beim Busverkehr sind derzeit rund 60 Linien, überwiegend in eigener Regie unterwegs. Das Netz

konzentriert sich stark auf die Zentren Rosenheim, Wasserburg und Prien und ist vor allem auf den Schulverkehr ausgerichtet. Weniger Angebote gibt es an den Wochenenden und Ferien. Dies ergab auch die Öffentlichkeitsbeteiligung der Bürger. Diese wünschen sich eine Ausweitung des Fahrtenangebotes vor allem am Abend, in der Nacht sowie am Wochenende und in der Ferienzeit. Weiterer Verbesserungsbedarf besteht laut Befragung beim Ticketangebot, bei den Linienwegen und der Fahrgastinformationen.

Die Untersuchung zeigte außerdem, dass es an Informationen für Fahrgäste, Haltestellennamen, Fahrplanlesbarkeit oder Echtzeitinformationen fehlt. Zudem wird empfohlen eine landkreisweite Anerkennung von Fahrausweisen im Schienenpersonennahverkehr und öffentlichen Personennahverkehr, E-Ticketing sowie eine Überprüfung des Ticketsortiments und mehr Transparenz in der Tarifstruktur zu prüfen. Auch beim Thema Barrierefreiheit gibt es Handlungsbedarf. Zum Teil sind noch Hochflurbusse unterwegs und es gibt nur wenige barrierefreie Haltestellen.

Weiter empfiehlt der Nahverkehrsplan mehr Fahrradstellplätze und P+R-Stellplätze an Bahnhöfen, Ladesäulen für E-Fahrzeuge und die Möglichkeit sich Fahrräder auszuleihen. Auch eine Ausweitung des Carsharing soll überprüft werden.

Im Rahmen der Erarbeitung des Planes gab es zahlreiche Gespräche, Workshops, Abstimmungen und auch die Öffentlichkeit wurde am Verfahren beteiligt. Es wurden insgesamt 75 anhörungsberechtigte Institutionen eingebunden, darunter Städte und Gemeinden, Verkehrsunternehmen, Nachbarlandkreise und Verbände. Über 33 der Beteiligten hatten Stellungnahmen abgegeben. Dabei kamen rund 190 Hinweise, Anregungen und Verbesserungsvorschläge zusammen, aus denen der gemeinsame Nahverkehrsplan erarbeitet wurde.